

einen solchen Gebührenvorschuß erheben kann oder nicht, zur Vermeidung von Vertretungen, die den einzelnen Beamten treffen können, falls Kosten später nicht einzubringen sind, und zur Vermeidung der Anschauung im Publikum, daß der eine oder andere ungleichmäßig von der Behörde behandelt werde, alle Gebühren und Vorschüsse solcher Art ohne Rücksicht auf die Person des die Tätigkeit der Behörde in Anspruch Nehmenden einzufordern sind. Ich glaube, man wird gut tun, wenn man bei der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs die nämlichen Grundsätze befolgt und eine entsprechende Bestimmung vorsieht.

Ich habe noch einige besondere Wünsche. Sie beziehen sich aber nur auf Einzelheiten. Ich werde jedenfalls Gelegenheit haben, darauf noch in der Deputation des näheren zuzukommen.

Im übrigen kann ich mich dem Antrage, der bereits gestellt worden ist, auf Überweisung des Dekretes zur Beratung an die Gesetzgebungs-Deputation, die sich, soweit finanzielle Fragen in Rücksicht kommen, mit der Finanz-Deputation A ins Einvernehmen zu setzen haben wird, nur anschließen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartmann.

Abg. Hartmann: Meine Herren! Ich bitte um einige Augenblicke Gehör. Ich werde mit der uns Geschäftsleuten kostbaren Zeit etwas glimpflicher umgehen als eine Anzahl meiner Herren Vorredner.

(Heiterkeit.)

Ich werde es prinzipiell vermeiden, Ihnen Wiederholungen vorzutragen.

Als wir dieses Dekret erhielten, hatten wir jedenfalls alle das Gefühl, es solle wieder eine neue Steuer erhoben werden. Jedenfalls ist das weder dem einen, noch dem anderen aller Abgeordneten der hohen Stände angenehm gewesen. Wir hatten alle unsere Bedenken. Jedoch, je mehr wir uns hinein vertieften, desto mehr kamen wir zu der Überzeugung, daß es sich hier nicht um eine neue Steuer handle, sondern einzig und allein um eine Korrektur eines früheren Kalkulationsfehlers.

Meine Herren! Sehen wir uns die Sache etwas genauer an! Die Regierung bringt uns die Vorlage. Die Regierung bringt in ihrer Begründung eine Statistik, die für uns ja nicht allein maßgebend sein kann, da es sich ja nur um die Jahre 1901 und 1902 handelt. Auf derartige Statistiken kann man ja nicht allzuviel geben, sondern man muß Jahre darüber hinausgreifen, bis man ein klares Bild hat. Aber, meine Herren, betrachten wir uns die Sache einmal vom Standpunkte des Steuer-

zahlers! Wer hat bei den angezogenen Fällen, um die es sich hier handelt, ein Interesse? Niemand anders als die Bauenden resp. die für Bauten Interessierten. Die Betroffenen sind jetzt diejenigen, die allein bevorzugt sind und die Beträge nicht aufbringen, die allein der Aufwand für die dem Staate erwachsenen Mühen erfordert. Wer sind denn diejenigen, welche die Beträge aufbringen müssen? Das sind die Steuerzahler. Ich weiß es ganz genau, daß ich bei einem Teile meiner Wählerschaft auf Widerspruch stoßen werde, jedoch ich habe mir die Sache genau betrachtet und bin entschieden zu der Überzeugung gekommen, daß hier diejenigen, welche absolut nichts mit allen diesen Sachen zu tun haben, daß gerade die es sind, die jene Gebühren aufbringen müssen. Wir haben Gelegenheit gehabt, meine Herren, uns in unseren heimatischen Bezirken zu orientieren. Wir haben Rücksprache genommen und haben erfahren, daß es sich hier doch um etwas anderes handle als um eine Erhöhung oder Neuerhebung einer Steuer. Wir wissen ganz genau, daß wir die Finanzen des Königreichs Sachsen nicht aufbessern wollen durch neue Steuererhebung, sondern durch äußerste Sparsamkeit im gesamten Staatshaushalte.

Ich schließe mich, meine Herren, aus den angeführten Gründen, nicht weil es sich um einen finanziellen Effekt, wie der Herr Abg. Rudelt sprach, nicht weil es sich um die Erschließung einer neuen Einnahmequelle handelt, wie der Herr Abg. Wittig sagte, nicht weil diese Vorlage kein Entgegenkommen in den breiten Volksschichten findet, wie der Herr Abg. Kentsch sagte — nicht aus allen diesen Gründen schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Abg. Langhammer an, sondern aus dem einzigen Grunde des Gerechtigkeitsgefühls. Lassen wir diejenigen doch diese Gebühren bezahlen, meine Herren, die tatsächlich den Nutzen haben, und nicht uns, die Allgemeinheit der Steuerzahler!

Es ist uns eine Statistik von verschiedenen Städten vorgelegt worden. Unter anderem hat der Herr Abg. Dr. Kühlmorgen zuletzt gesagt, es handle sich um eine Unterbilanz von 50000 M. für die Stadt Dresden. Wir haben ja, meine Herren, mit nur städtischen Interessen nichts zu tun, aber so, wie es in Dresden liegt, liegt es in allen anderen städtischen Bezirken ebenfalls. Auf dem Lande, das gebe ich zu, mag es vielleicht anders aussehen, aber eine enorme Unterbilanz, die gerade dadurch hervorgerufen wird, daß die Aufwendungen nicht aufgebracht werden durch die Kosten, die verursacht werden, resultiert in allen unseren städtischen Wahlkreisen.

Ich möchte mich, damit für die betreffenden Interessenten die Höhe des Betrags nicht allzu scharf